Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Pfennig.

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Mittwoch, 26. November 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 6980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 Gm. in Berlin durch Boten

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 45. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Beharfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

26. 11. 10 Nr. 557 10 Pfennig
63. Jahrgang.

## Institut für Auswärtige Politik in Hamburg.

### Der feierliche Festakt.

**hem. Hamburg**, 25. 11. (Eigenbericht.)

In Hamburg wurde heute das Institut für Auswärtige Politik durch einen feierlichen Festakt eröffnet. Der geistige Urheber und Leiter, Prof. Mendelssohn-Bartholdy, sprach eingehend über Ziele und Aufgaben seiner Arbeit. Er kündigte an, daß das Werk der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes von 1870 bis 1914 durch die Unterstützung des neuen Instituts beschleunigt werden könnte und Ende dieses Winters vollendet vorliegen werde. „Der heutige Tag aber bringe die Eröffnung der neuen Räume und der Beginn der erspriesslichen Tätigkeit und Ausbildung. Es sei keine Staatsgründung, sondern durch seine vollständige Unabhängigkeit könne es sich nötigenfalls gegen den Staat behaupten. Trotzdem danke er dem Hamburger Senat und der Bürgerschaft für die Unterstützung seiner Arbeit.

Als Vertreter des Auswärtigen Amtes überbrachte der Gesandte Mosig Grüße und Wünsche. Heute könne sich die auswärtige Politik nur relativ auswärtes. Er erwartet die Hilfe des Instituts bei dem nationalen Wiederaufbau. Namens der Wirtschaft gab der frühere Reichskanzler Cuno längere Geleitworte. Der neue Geist in der auswärtigen Politik könne sich nur aus dem Geiste der Wissenschaft und Wirtschaft herausbilden. Nur die Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Gleichgewichts könne die Ursache aller Kriegsereignisse beseitigen. Aber man dürfe nicht vergessen, daß künftig nicht nur Wahrheit und Recht, sondern auch nationale Würde im Kampfe der politischen Meinungen mehr wie bisher geltend gemacht werden müßten. Er schloß mit dem Wunsche der Hamburger Wirtschaft für das Gedeihen des Instituts.

Nach ihm sprach vom Weltwirtschaftsarchiv der Direktor der Hamburger Universität Dr. Laun, der Direktor der Hamburger Universität Dr. Laun, der die Gründung des Instituts eine Zeit von epochaler Bedeutung nannte. Zum Schluß ergriff Bürgermeister Dr. Petersen das Wort. Er dankte Prof. Mendelssohn-Bartholdy für die geleistete Arbeit und versprach den Schutz des Hamburger Staates. Nach einer Besichtigung der Festräume fand im Hotel „Vier Jahreszeiten" ein offizielles Frühstück statt, an dem außer den Senatsvertretern des Hamburg vertretene diplomatische Korps und Vertreter der Presse teilnahmen.

### Neue Aktenpublikation.

W. T. B. meldet:

Der Abschluß einer neuen Abteilung des großen Aktenwerkes der Reichsregierung steht unmittelbar bevor. Sie umfaßt drei Bände in selbständig in sich abgeschlossenen Teilen und bildet die erste Hälfte der vierten Serie der Gesamtpublikation. Die Bände werden durch die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin am 10. Dezember an den Buchhandel ausgeliefert. Sie erschließen die Dokumente der Jahre 1902 bis 1907 und führen den Gesamttitel „Die Isolierung der Mittelmächte". Mit dieser Abteilung tritt das große deutsche Aktenwerk in die engere Vorgeschichte des Krieges ein. Für die Beendigung der ganzen Publikation besteht jetzt der folgende endgültige Plan: Die letzte Reihe wird Ende Januar 1925 vollständig vorliegen und das Aktenmaterial bis zum Jahre 1908 bringen. Die Schlußreihe erscheint in zwei Abteilungen Ende März und Ende Mai.

### Handelsabkommen Deutschland – Guatemala.

Zwischen Deutschland und Guatemala ist kürzlich ein Handelsabkommen auf der Grundlage der gegenseitigen Meistbegünstigung abgeschlossen worden.

★

Durch den Abschluß dieses Abkommens sind die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Guatemala, die durch den Weltkrieg eine unliebsame Unterbrechung erfahren hatten, wieder auf eine feste Grundlage gestellt worden. Die Einfuhr Deutschlands aus Guatemala betrug im Jahre 1913 etwa 7,5, die Ausfuhr aus Deutschland nach Guatemala etwa 1,6 Millionen Dollar. Im Jahre 1923 betrug die Einfuhr Deutschlands aus Guatemala etwas über 2 und seine Ausfuhr dorthin etwa 1,3 Millionen Dollar.

### Das Abkommen mit der Schweiz.

d. **Basel**, 25. 11. (Eigenbericht.)

**Der schweizerische Bundesrat hat in einer heute abgehaltenen Sitzung das mit Deutschland abgeschlossene Wirtschaftsabkommen genehmigt.**

In seiner Botschaft an das Parlament bezeichnet er das Abkommen als ein Abkommen allgemeiner wirtschaftlicher Lösung und weist darauf hin, daß auch die deutsche Delegation der Schweiz wichtige Zugeständnisse gemacht habe, um die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu ermöglichen.

★

d. **Basel**, 25. 11. (Eigenbericht.) Der schweizerische Bundesrat hat in Anlehnung an das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen dem Parlament einen Gesetzentwurf unterbreitet, wonach das am 31. März 1925 erlaufende Gesetz über die Einfuhrbeschränkungen um ein weiteres Jahr, d. h. bis zum März 1926, verlängert werden soll. Die Angelegenheit wird als dringlich erklärt, und der Beschluß des Bundesrats soll sofort in Kraft treten. Gleichzeitig unterbreitet der Bundesrat dem Parlament das schweizerisch-deutsche Protokoll über die Wirtschaftsabmachungen zur Kenntnis, das mit den von uns bereits mitgeteilten Vereinbarungen übereinstimmt.

### Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

**sf. Paris**, 25. 11. (Eigenbericht.) Die Abendblätter melden, daß infolge Erkrankung eines deutschen Kommissionsmitgliedes die den Eisen gewidmete Verhandlungswoche nicht beginnen konnte, sondern daß heute über die Textilmarken und Weine gesprochen wurde. Die elsaßischen Fragen sollen im Zusammenhang mit den betreffenden allgemeinen Zitelln behandelt werden.

## Zwangsweise „begnadigt"!

### Unterzeichnung durch den französischen Staatschef.

**sf. Paris**, 25. 11. (Eigenbericht.)

**Die „Begnadigung" des Generals v. Rathusius ist, wie eine verläßliche Nachricht mitteilt, heute von dem Staatschef unterschrieben worden. Es ist bemerkenswert, daß sämtliche bedeutenden Blätter, ausgenommen „Eclair", sich jeder gehässigen Aeußerung gegen General v. Rathusius enthalten.**

Die in parlamentarischen Kreisen verlautet, dürfe die Freilassung des Generals v. Rathusius kaum vor Ende des laufenden Tages erfolgen.

Der Verteidiger des Generals v. Rathusius, Rechtsanwalt Risolai, ist einer Z.-U-Meldung zufolge in Paris eingetroffen. Er soll erklärt haben, General v. Rathusius lehne eine Begnadigung ab und beharre auf Revision seines Prozesses. An französischer amtlicher Stelle wurde man eine Bestätigung dieser Mitteilung ab.

### Der Reichspräsident an Familie Rathusius.

**Weimar**, 25. 11. (T. U.) Der Reichspräsident hat heute auf das gestern veröffentlichte Telegramm der Familie Rathusius folgende bringende Drahtantwort gesandt:

Reichsregierung wie ich selbst sind mit Ihnen der Ueberzeugung, daß Verurteilung Generals v. Rathusius schweres Unrecht ist. Reichsregierung ist seit Verhaftung Generals bemüht, Freilassung zu erreichen. Diese Bemühungen werden im Einvernehmen mit nächsten Angehörigen und in Fühlung mit dem General selbst fortgesetzt. gez. Reichspräsident Ebert.

★

Für die gegenwärtige französische Regierung muß die durch einen „Gnadenakt" herbeigeführte Erledigung des Falles v. Rathusius eine erwünschte Lösung darstellen. Für den unglücklichen General und für Deutschland, das an seinem Geschick ohne Rücksicht auf die Parteistellung brennenden Anteil genommen hat, ist diese „Affäre" nicht abgeschlossen. Es ist unmöglich erstaunlich, daß ein Offizier seine „Begnadigung" eintreten soll, bevor das Urteil rechtskräftig ist. Das wäre nach deutschem Staats- und Strafrecht unzulässig. Das ist keine „Begnadigung", sonden eine Abolition, d. h. die Niederschlagung eines noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens. Es erscheint sich hier die Frage, ob der Angeklagte genötigt ist, sich das gefallen zu lassen. Herr v. Rathusius hat das Rechtsmittel der Kassationsbeschwerde ergriffen. Er konnte auf diesem Wege höchsten, auch vor französischen Gerichten seine Unschuld zu erweisen. Diese Rechtsertigungsmöglichkeit wird ihm durch die ihm aufgedrungene „Begnadigung" genommen. Praktisch wird dieses Rechtsproblem ja nicht gelöst werden, denn wenn Herr v. Rathusius selbst auf der Fortsetzung des Verfahrens bestehen würde, hätte er, da auch der Kassationshof die Angelegenheit als durch den Staatsakt erledigt ansehen wird, keine Möglichkeit, die Unschuldsfrage des Lüder „Affäre" zu erweisen. Zwei Punkte sollen aber redenfalls noch einmal festgestellt werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß das zständige französische Kriegsgericht seinen Paß das Urteil gefällt hat, während es doch wissen mußte, daß gegen ihn ein „Urteil" ergangen war. Würde das festgestellbar sein, so würde der Vorgleich mit dem wieder hervorgeholten Fall Schnäbele auf der Hand liegen. Der zweite Punkt, den der Verteidiger betont, aber nicht genügend vermerkt hat, ist, daß die Angabe gegen Herrn v. Rathusius nicht von dem angeblich betrogenen Eigentümer, sondern von dem Mann der Hausbälterin erstattet worden ist, die die Bezauwortung für die von ihr zu zu betreuende Einrichtung zu tragen hat.

Es fragt sich nun: kann Herrn v. Rathusius wenigstens in Deutschland eine Rechtfertigung zuteil werden? Das ist zwar wohl möglich durch Einleitung eines deutschen Verfahrens gegen Herrn v. Rathusius, sei es von Amts wegen, sei es auf Selbstanzeige. Auf diesem Wege wäre eine Aufklärung des Falles möglich. Dadurch würde nicht nur dem unglücklichen Manne, dessen Unschuld von allen Deutschen unterstellt wird, eine volle Genugtuung zuteil werden, sondern es würde auf diesem Wege für alle Zukunft festgestellt werden, was vor französischen Kriegsgerichten sechs Jahre nach Verdingung des Waffenstillstandes möglich war. Die Weltgeschichte vergißt nicht, und hier ist einer der Fälle, in denen es sich bewahrheitet, daß sie zum Weltgericht wird.

E. U.

---

d. **Paris**, 25. 11. (Eigenbericht.) In der heutigen Kammersitzung kam es anläßlich der Interpellation des Abgeordneten Zeitinger zu den Zwischenfällen anläßlich der Beisetzung Jaurès zu heftigen Lärmszenen. Herriot griff zu wiederholten Malen energisch in die Debatte ein.

---

### „Z. R. III" in Fahrt.

**New York**, 25. 11. (W. T. B.)

**Wie aus Lakehurst gemeldet wird, hat das Zeppelinluftschiff „Z. R. III" die hiesige Flughalle heute vormittag 9,05 Uhr verlassen, und in südwestlicher Richtung (Washington) Kurs genommen, wo es heute nachmittag von der Gemahlin des Präsidenten Coolidge auf den Namen „Los Angeles" getauft werden wird.**

Aus einer Meldung aus Washington erfahren das Luftschiff „Z. R. III" 12,50 Uhr über der Hauptstadt, wo es in geringer Höhe verschiedene Rundflüge und flog dann in Richtung Boston-Lingfield.

★

**Christiania**, 25. 11. Zu Mittwoch dieser Woche hat die norwegische geographische Gesellschaft eine Versammlung einberufen, auf der der deutsche Luftfahrtkommandeur, Kapitän Bruns, einen Vortrag über die Möglichkeiten einer Forschungsreise nach den Polargebieten mit dem Zeppelin halten wird. Kapitän Bruns wohnt zurzeit in Stockholm und wurde auf Professor Nansens Antrag zu diesem Vortrage eingeladen. Er vertritt die Ansicht, daß eine Zeppelin-Expedition nach dem Nordpol mit großem Erfolg verspricht als eine Nordpol-Expedition.

## Das ägyptische Parlament vertagt.

### Anzeichen der Entspannung.

mrk. **London**, 25. 11. (Eigenbericht.)

Nach einer Meldung aus Kairo wurde das ägyptische Parlament heute durch den Mund des Königs mittels Dekret auf einen Monat vertagt. Davon ist zu schließen, daß sich das neue Kabinett volle Handlungsfreiheit bewahren will und ohne Kontrolle des Parlaments die Krise zu lösen beabsichtigt. Diese Maßregel wird ihr unter Umständen bei Gerichtsfragen der Zustimmung des Kabinetts Zwiers weiterhin als Ansehen einer gewissen Entspannung gedeutet. Die Annahme der britischen Forderungen, die natürlich den einzigen Ausweg für Aegypten darstellt, wird immer wahrscheinlicher. Die Protestnote des zurückgetretenen Kabinetts und dessen Anrufung des Völkerbundes verhalten ansprüchs des britischen Standpunktes, der den anglo-ägyptischen Konflikt als eine rein interne Angelegenheit darstellt, ohne Echo.

### Italiens Interessen.

fr. **Rom**, 25. 11. (Eigenbericht.) Die Vorgänge in Aegypten werden von italienischer Seite mit ernster Aufmerksamkeit verfolgt. Eine offizielle Note besagt, daß Italien wichtige politische Interessen in dieser Zone habe: 1. weil Aegypten ein Mittelmeerland sei, 2. weil es an die italienischen Kolonien angrenze und noch wichtige Grenzfragen von der Erledigung händen, 3. weil in Aegypten eine große italienische Kolonie vorhanden sei. Man hoffe auf eine gütliche Beilegung und lege das Vertrauen auf den neuen ägyptischen Ministerpräsidenten, der aus seiner Gesandschaftszeit her in Rom im besten Andenken stehe.

★

**Tripolis**, 25. 11. (Stefani.) Am Sonntag vormittag begann eine Abteilung italienischer Truppen die Stadt Ghat und hißte auf dem im Jahre 1915 verlassenen Schloß die italienische Flagge. Am Abend trieb die Abteilung auf das Lager von Ibrahim Sceni, das Sohn von Mamadem Sceni, den 2ab. Die Italiener haben 600 Gewehre, eine Kanone, Munition, Maschinengewehre, ein Proviantlager und eine Fahne erbeutet.

Sirt liegt unmittelbar an der afrikanischen Küste des Mittelmeers. Nach der Stadt hat die Bucht „Große Sirte" ihren Namen. Landeinwärts liegt die Syrien-Wüste.

### Das deutsche Danzig.

om. **London**, 25. 11. (Eigenbericht.)

Die letzte Nummer des „Observer" bringt einen ausführlichen Bericht ihres Korrespondenten, der sich längere Zeit in Danzig aufgehalten und dort Gelegenheit mit führenden Persönlichkeiten gepflogen hat. Nachdem sich der Engländer eingehend über die wirtschaftliche Lage der Freien Stadt ausgelassen hat, folgt eine politische Beobachtungen folgendermaßen zusammen:

„Ich habe während der Unterhaltung mit prominenten Danziger Persönlichkeiten den Eindruck gewonnen, daß der lokale Danziger Patriotismus nur eine Fiktion ist. Die Idee der Freien Stadt hat trotz der vorhandenen Harmonie mit Danzigs Traditionen bisher bei den Massen keinen Halt gefunden. Die überwiegende Mehrheit der Danziger scheint noch weit mehr deutsch zu sein als die Deutschen selbst, sowohl es sich um den deutschen Nationalismus handelt. Im Falle einer Volksabstimmung würden die Danziger sicherlich für die Rückkehr zu Deutschland stimmen. Die stärkste Partei im Danziger Volkstag ist die Deutschnationale Volkspartei, die auf Hindenburg und Ludendorff schwört. Die Monarchisten genießen in Danzig mehr Freiheit als in Deutschland. Der Geist der jungen Generation, Studenten und Schüler, ist durchaus deutsch. Es gibt zwar in Danzig auch eine starke sozialistische und kommunistische Bewegung, aber selbst die extremen Linken neigen zu Deutschland, wenn auch zu einem republikanischen. Nur eine kleine Gruppe wohlhabender Bürgerlicher scheint mit dem gegenwärtigen Stand Danzigs zufrieden zu sein."

★

**lz. Danzig**, 25. 11. (Eigenbericht.) Im Volksparlament des Danziger Landesparlaments wurde heute abend der Beschluß gefaßt, die Neuwahlen des Hauptamtlichen Senats für Sonntag, den 1. Dezember, vorzunehmen. Bei dem hauptamtlichen Senatsmitgliedern befindet sich auch der Danziger Senatspräsident Sahm, dessen Wiederwahl zu erwarten ist.

### Ministerrat in Wien.

khg. **Wien**, 25. 11. (Eigenbericht.) Der neue Regierungsapparat ist bereits in voller Tätigkeit. Der erste Ministerrat hat statgefunden und die politischen und finanziellen Vorbesprechungen, sowohl mit dem Generalkommissär Zimmermann, als auch mit den Parteiführern sind erledigt. Finanzminister Ahrer hat heute bei seinem ersten parlamentarischen Auftreten im Finanz- und Budgetausschuß in einer großen Rede mit reichem Zifferematerial recht gut abgeschnitten.

### Ministerkonferenz in Helsingfors.

**Helsingfors**, 25. 11. (C. C.) Die Regierung von Finnland hat die Außenminister von Polen, Estland und Lettland brieflich verständigt, daß die mehrfach ausgeschobene Ministerkonferenz nun endgültig auf den 12. Dezember anberaumt ist, und hat den Ministern die Einladungen zugehen lassen. Juristische Sachverständige sollen schon am 7. Dezember zusammentreten, um die Ueberschreitungen über Schiedsgerichte, Vergleichsverfahren usw. vorzuberaten.

**General Sir Brandes**, Bismarckfall des englischen Luftministeriums, ist Dienstag vormittag 9¼ Uhr vom Flugplatz Staaken nach Warschau weitergeflogen.

khg. **Wien**, 25. 11. (Eigenbericht.) **Generalmusikdirektor Strauß wird in einigen Wochen nach Wien kommen und mit dem Unterrichtsminister verhandeln. Man hofft, daß man ihn in irgendeiner Form für die Oper noch gewinnen kann.**

## Die Regierungsbildung in Peking.

### Tuan Chih-jui der neue Führer.

**London**, 25. 11. (W. T. B.)

**Wie Reuter aus Peking meldet, ist das Kabinett gebildet worden. Tuan Chih-jui ist Ministerpräsident und außerdem vorläufiger Staatspräsident.**

Marschall Chang Tso-lin ist gleichfalls aus Tientsin in Peking eingetroffen. Tuan will sich vornehmlich mit den internationalen Angelegenheiten befassen. Auf seine Veranlassung und unter gleichzeitiger Billigung durch Chang sind die Aufenthaltsbeschränkungen für den früheren Kaiser Hsüan Tung aufgehoben worden. Marschall Feng Yu-hsiang soll die Absicht haben, das Kommando über die Armee niederzulegen und dem Kriegsminister zu übergeben, um danach eine Auslandsreise nach Amerika und England anzutreten.

„Daily Mail" berichtet aus Kobe (Japan), daß dort am 24. November Dr. Sun Yat-sen über Schanghai aus Kanton mit Frau und Sohn eingetroffen ist. Da Sun schon vor einigen Wochen seinen Generalstabschef nach Japan entsandt hat, ist die japanische Presse diesen Besuchen große Bedeutung bei. Sun sprach sich in einer Erklärung offen für Tuan aus, der noch keiner Meinung gegenwärtig der einzige sei, der China retten könnte.

### Englisch-australische Marinekonferenz in Singapore.

**London**, 25. 11. (T. U.) Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" meldet aus Sydney, daß die australische Regierung den Vorschlag der britischen Admiralität, im nächsten Februar in Singapore eine Marinekonferenz abzuhalten, sowie Seestreitkräfte bei dieser Gelegenheit dort zu konzentrieren, zugestimmt habe. Die australischen Marinebehörden werden mit den britischen über ein engeres Zusammenarbeiten beider Länder in Marineangelegenheiten verhandeln.

### Die „Washington" als Zielschiff.

e. **New York**, 25. 11. (Eigenbericht.)

Die ersten Tage der Beschießung des unbewohnten Großkampfschiffes „Washington" mit Bomben aus Flugzeugen haben das Kriegsschiff vor Kap Virginia noch fest gelassen. Die Schießerei Beschießung mit 14zölligen Geschossen soll am Donnerstag erfolgen.

★

**Washington**, 25. 11. In dem Jahresbericht des Staatssekretärs der Marine Wilbur wird die Lage der amerikanischen Marine als „belagenswert" und „geschrickt" bezeichnet. Der Staatssekretär stimmt den Kritiken zu, daß Amerika als Seemacht sowohl England als auch Japan unterlegen sein würde, wenn nicht vom Kongreß unverzüglich Schritte zum weiteren Ausbau der Marine unternommen würden. Zwölfe der Sparkommitt des Kongresses seien nur zwölf erstklassige Schiffe zur Landesverteidigung geeignet, gegenüber den 15 Schiffen, die Großbritannien und den Vereinigten Staaten durch den Marinevertrag gestattet seien. Die amerikanische Marineoffiziere werde von der britischen und der japanischen an Schnelligkeit übertroffen. Es sei daher dringend notwendig, die älteren Schlachtschiffe zu modernisieren, die Schnelligkeit ihrer Artillerie zu erhöhen und weitere Verbesserungen an den Waffen seien Halt gefunden. Die überwiegende Mehrheit der Danziger scheint noch weit mehr deutsch zu sein als die Deutschen selbst, sowohl es sich um den deutschen Nationalismus handelt. Im Falle einer Volksabstimmung würden die Danziger sicherlich für die Rückkehr zu Deutschland stimmen. Die stärkste Partei im Danziger Volkstag ist die Deutschnationale Volkspartei, die auf Hindenburg und Ludendorff schwört. Die Monarchisten genießen in Danzig mehr Freiheit als in Deutschland. Der Geist der jungen Generation, Studenten und Schüler, ist durchaus deutsch. Es gibt zwar in Danzig auch eine starke sozialistische und kommunistische Bewegung, aber selbst die extremen Linken neigen zu Deutschland, wenn auch zu einem republikanischen. Nur eine kleine Gruppe wohlhabender Bürgerlicher scheint mit dem gegenwärtigen Stand Danzigs zufrieden zu sein."

★

**lz. Danzig**, 25. 11. (Eigenbericht.) Im Volksparlament des Danziger Landesparlaments wurde heute abend der Beschluß gefaßt, die Neuwahlen des Hauptamtlichen Senats für Sonntag, den 1. Dezember, vorzunehmen. Bei dem hauptamtlichen Senatsmitgliedern befindet sich auch der Danziger Senatspräsident Sahm, dessen Wiederwahl zu erwarten ist.

### Ministerrat in Wien.

khg. **Wien**, 25. 11. (Eigenbericht.) Der neue Regierungsapparat ist bereits in voller Tätigkeit. Der erste Ministerrat hat stattgefunden und die politischen und finanziellen Vorbesprechungen, sowohl mit dem Generalkommissär Zimmermann, als auch mit den Parteiführern sind erledigt. Finanzminister Ahrer hat heute bei seinem ersten parlamentarischen Auftreten im Finanz- und Budgetausschuß in einer großen Rede mit reichem Zifferematerial recht gut abgeschnitten.

### Ministerkonferenz in Helsingfors.

**Helsingfors**, 25. 11. (C. C.) Die Regierung von Finnland hat die Außenminister von Polen, Estland und Lettland brieflich verständigt, daß die mehrfach aufgeschobene Ministerkonferenz nun endgültig auf den 12. Dezember anberaumt ist, und hat den Ministern die Einladungen zugehen lassen. Juristische Sachverständige sollen schon am 7. Dezember zusammentreten, um die Ueberschreitungen über Schiedsgerichte, Vergleichsverfahren usw. vorzuberaten.

**General Sir Brandes**, Bismarckfall des englischen Luftministeriums, ist Dienstag vormittag 9¼ Uhr vom Flugplatz Staaken nach Warschau weitergeflogen.

khg. **Wien**, 25. 11. (Eigenbericht.) **Generalmusikdirektor Strauß wird in einigen Wochen nach Wien kommen und mit dem Unterrichtsminister verhandeln. Man hofft, daß man ihn in irgendeiner Form für die Oper noch gewinnen kann.**

## Urteil im Wieczorek-Prozeß.

### Ein Schlaglicht auf die polnischen Umtriebe.

**Leipzig**, 25. 11. **Das Urteil gegen Wieczorek lautete auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe. Sechs Monate der Freiheitsstrafe und die Geldstrafe gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt. Als erwiesen wurde angesehen, daß der Angeklagte einem der vielen Verbände tätig angehörte, die das polnische Kriegsministerium zu dem Zweck bildete, die Vereinigung von ganz Oberschlesien unter polnischer Herrschaft zu betreiben. Seine Gesinnung ist jedoch nicht echtes gewesen, da er als Pole von Geburt für sein Vaterland gearbeitet habe.**

Aus dem Verhandlungsbericht vom Dienstag ist noch die Gegenüberstellung des Polizeirats Bucier (Oslewin) von besonderem Interesse. Der Zeuge erklärte, der Verband der Aufständischen sei, nachdem er in Polnisch-Oberschlesien vorgearbeitet worden sei, im Herbst 1923 dazu übergegangen, auch die in Deutsch-Oberschlesien wohnenden Mitglieder straffer zusammenzuschließen. Es sei die Bildung von Ortsgruppen erfolgt, in denen fast alle erwachsenen Aufständischen, die in Deutsch-Oberschlesien wohnten, zusammengefaßt seien. Die Kreisleitung der Ortsgruppen liege in Polnisch-Oberschlesien. Zu Zweck einer der Hauptziele des Verbandes ein neuer Aufstand zur Loßreißung von Deutschland sei, sei allgemein bekannt. Das sei auch in etlichen Versammlungsbeschlüssen des Verbandes und in Reden der Vorstandsmitglieder des Verbandes offen zum Ausdruck gebracht worden. Um dieses Ziel am gegebenen Augenblick verwirklichen zu können, sei der Verband militärisch organisiert und erhalte Richtlinien und Weisungen vom polnischen Kriegsministerium.

**Aus der Urteilsbegründung**

ist folgendes hervorzuheben: Das polnische Kriegsministerium und der polnische Generalstab waren und sind bestrebt, sich in Turn- und Sportvereinen eine militärische Hilfstruppe heranzubilden. In diesem Zwecke wurden militärische Ausbildungsvorschriften erlassen, sowie Offiziere zur Ausbildung gestellt und Waffen heimlich überlassen. In den Vereinen, die auf diese Weise gebildet worden sind, gehört auch der Verband der Aufständischen, der sich zunächst zur mit Gestendmachung wirtschaftlicher Anprüche seiner Angehörigen gegenüber den polnischen Behörden bildete, aber als Ziel gilt das Jahres 1923 auf eine ganz neue Grundlage gestellt wurde. Es wurde eine strafte militärische Ausbildung eingeleitet, mit dem Ziel der Bereitstellung eines neuen Aufstandes in Oberschlesien und der Angliederung in Polen, um so das wieder vereinte Oberschlesien unter polnische Herrschaft zu bringen.

### Der Freiburger Hochverratsprozeß.

**Freiburg**, 25. 11. (W. T. B.) In der heutigen Verhandlung des Hochverratsprozesses ergriff Oberleichtsanwalt Dr. Ebermeyer das Wort zu seinem Plädoyer, in der er zunächst bezeugte, daß die Verhandlung ein klares Bild über die Ziele der kommunistischen Umtriebe in Oberbaden, nämlich Sturz der Regierung, und Aufrichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung nach sowjetrussischem Muster, ergeben habe, welche Ziele auch von den Hauptangeklagten zugegeben worden. Der Hochverrat sei erfiebar. Mit wenigen Ausnahmen lägen hier Verbrechen gegen § 86 St.-G.-B. (Vorbereitung zum Hochverrat) vor. Die Verrichter unterlagen zum Teil in der wirtschaftlichen Notlage begründet gewesen. Aber die Kommunisten wollten diese für ihre Zwecke nutzbar machen, indem sie die Unruhen als eine Probemobilmachung der Massen ansahen. Die als Führer geltenden Angeklagten müßten die schwersten Strafen erleiden, während man bei einer Reihe von Angeklagten, die man mehr oder weniger als verführt ansehen könne, eine gewisse mildere Bestrafung Platz greifen lassen könne.

---

### Amerikanischer Funkdienst.

**New York. Devisen- u. Geldmarkt.**

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags.

| | 25. 11. | 24. 11. |
|---|---|---|
| Kaffee Santos | 25½ | 25½ |
| „ Rio 1. | 24½ | 25 |
| Zucker | 18,75 | 18,00 |
| Weizen, März | 17,75 | 17,20 |
| „ Mai | 17,00 | 16,60 |
| Mais, März | 16,60 | 16,10 |
| „ Mai | 16,05 | 15,60 |
| Kupfermedaillen | 24,25 | 24,50 |
| Baumwolle | 25,70 | 24,00 |
| „ Jan. | 23,93 | 24,25 |
| „ März | 24,25 | 24,62 |
| Kupfer | 24,37 | 24,76 |
| Silber | 99 000 | 45 000 |
| Kupfer elektl. | 13-14 | 13-14 |
| Blei | 5,50 | 5,50 |
| Zinn | 8,82 | 8,82 |
| Stahl | 6,85 | 6,80 |
| Zink | 22,25 | 22,25 |

| | 25. 11. | 24. 11. |
|---|---|---|
| Wechselkurs | 5,20 | 5,30 |
| Kanadaner Dollar | 35,75 | 35,75 |
| Sterling | 15,40 | 15,40 |
| Yen | 103 | 103 |
| Ital. Lire | 17,00 | 17,00 |
| „ Lire | 10,77 | 10,76 |
| Argentinischer Peso | 16,90 | 16,90 |
| „ Peso | 24,50 | 24,50 |
| Brasil. Milreis | 13,50 | 13,50 |
| Pennsylvania-Bahn | 2,85 | 2,85 |
| Lautzer Bahn | 4,16 | 4,13 |
| „ Jan. | 3,49 | 3,46 |
| „ März | 3,11 | 3,11 |
| Kanadische Pacific | 344 | 344 |
| „ Aktien | 344 | 344 |
| Kanadische Pacific Aktien | 85,00 | 85,00 |
| Reichsbank | 78,50 | 78,50 |
| Reichsbank, Ult. Dez. | 24,10 | 24,55 |

| | 25. 11. | 24. 11. |
|---|---|---|
| Diskont, cpt. | 173 | 178 |
| Kurzfr. | 169 | 172 |
| Wechsel | 128½ | 130½ |

| | 25. 11. | 24. 11. |
|---|---|---|
| Reichsmark, Ges. | 14,35 | 14,32½ |
| Eisenb. Ges. | 13,00 | 12,97½ |
| Schiffahrt | 13,25 | 13,25 |
| Schwerindustrie | 6,75 | 7,00 |
| Kaufmann. Aktien | 8,60 | 8,70 |
| Kaufmann. Aktien | 8,00 | 9,00 |
| Kaufmann. Aktien | 9,50 | 9,40 |
| Kaufmann. Aktien | 61 000 | 55 000 |
| Kaufmann. Aktien | 177 000 | 220 000 |

| | 25. 11. | 24. 11. |
|---|---|---|
| Kaufmann. Aktien | 7,00-7,50 | 7,00-7,50 |
| Kaufmann. Aktien | 3 ab 3 d | 3 ab 3 d |
| Kaufmann. Aktien | 13 cts. | 13 cts. |

**Chicago. Produktenmarkt.**

| | 25. 11. | 24. 11. |
|---|---|---|
| Weizen Dez. | 152½ | 155¼ |
| Mai | 169½ | 163¼ |
| Mais Dez. | 114 | 114 |
| Mai | 118½ | 120½ |
| Hafer Dez. | 52½ | 53½ |
| Mai | 58½ | 58½ |
| Roggen Dez. | 133½ | 136½ |
| Mai | 137½ | 139½ |
| Schweine Nov. | 14,40 | 14,40 |

## Pazifische Manöver.

Anfang Oktober übte vierzehn Tage lang die japanische Flotte. Anfang November folgten während einer Woche die japanischen Armeemanöver. Im Januar und Februar nächsten Jahres zieht die gesamte Flotte der Vereinigten Staaten in den Pazifik hinaus zu Schwadronen Übungen bei den Hawaiinseln. Drei Ereignisse, die schon vom militärischen Standpunkt von größter Bedeutung sind. Der politische Wert ergibt sich, wenn man die zugrunde gelegten Kriegslagen berücksichtigt.

Die japanischen Flottenmanöver begannen am 2. Oktober. Es waren die größten Übungen, welche die japanische Flotte bisher überhaupt vorgenommen hat. Beteiligt waren 188 Kriegsfahrzeuge, d. h. alles, was die Marineleitung auf die Beine bringen konnte. Der Prinzregent nahm persönlich an dem letzten Teil der Manöver teil, als die beiderseitigen Flotten in den Entscheidungskampf traten. Die Leitung lag in den Händen des Chefs des Marinestabes, Admirals Genzaro Yamashita. Die rote, angreifende Flotte kommandierte der Chef der Hochseeflotte, Admiral K. Tsuzik, die blaue, in der Verteidigung befindliche Partei fand unter Kommando des Chefs des zweiten Geschwaders, Vizeadmirals H. Saito. Der Angreifer hatte den größten Teil der Hochseeflotte zur Verfügung, während der Verteidiger ein besonders zusammengestelltes Geschwader beschlüge. Da auch Landungsmanöver vorgesehen waren, war unter Befehl des Kapitäns J. Tokoshiji ein Küstenverteidigungsforps gebildet worden. Die Manöver wurden auf Grund folgenden Kriegslage durchgeführt. Die feindlichen Seestreitkräfte waren im Angriff auf Kiushu, die südwestliche Hauptinsel Japans, gedacht und zwar mit mehreren Geschwadern von den Hawaii-Inseln, von Philippinen, den Staats Settlements und aus der Richtung von Formosa kommend. Es ist unschwer zu erkennen, daß die Abwehr eines kombinierten amerikanisch-englischen Angriffs zur Zeit, stellung kommen sollte. Das ist der politisch interessantste Punkt bei den Manövern. Es galt nun für den Verteidiger, den Angriff abzuwehren, wozu die Kiusu Abteilung sich zunächst in der Bungostraße zwischen der Insel Kiushu und der östlich davon gelegenen Shikoku-Insel bereitstellte, um dann zu einem östlichen Zeitpunkt vorzuwerfen. Die japanische Marineleitung ging bei der Manöverlage von der Ueberlegung aus, daß ein direkter Angriff von den Hawai-Inseln auf die japanischen Inseln mit Kriegsschiffen nicht zu erwarten sei, diese vielmehr unter Deckung durch die Inselgruppen des pazifischen Ozeans von Süden her den Angriff ansetzen würden. Dagegen erschien ein Luftangriff direkt von den Hawai-Inseln eher möglich, wenn Flugzeugmutterschiffe die Flugzeuge möglichst nahe an die nach dem Pazifik liegenden Inselkitten heranbrächten. Besonders interessant ist bei dieser Manöverlage noch, daß, wie vielfach von Marinefachkreisen angenommen wird, die japanische Flotte wie bei der Schlacht bei Tsushima den Gegner zur Entscheidungsschlacht in den heimischen Gewässern erwarten wird, was nicht ausschließt, daß diesem entscheidenden Zusammentreffen Vorstöße mit schnellfahrenden japanischen Kreuzern und U-Booten vorausgehen werden.

Die Armeemanöver begannen am 1. November und spielten sich in der Mitte der Nordküste der Hauptinsel Honshu ab. Auch ihnen wohnte der Prinzregent bei. Die angreifende Partei fand unter Befehl des Generals Baron Gichi Tanaka, sein Gegner war General Kein Machida. Beide Führer nehmen keine Stelle in der Front ein, sondern sind Mitglieder des obersten militärischen Rates. Angeblamt waren 80 000 Mann an den Uebungen beteiligt, und zwar die 9. Division (Kanagawa), die 16. Division (Gifu), die 13. Division (Tokoka), eine Brigade aus Reservisten zusammengestellt, ein Teil der kaiserlichen Leibwache aus Tokio, die dritte Brigade der 1. Division (Tokio), die besonders stark mit Feld- und schweren Artill